

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Innovatives Bürgerdialog-Projekt zur EU-Parlamentswahl 2019](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Macron-Rede im EU-Parlament](#) 3
- [EU-Parlament verabschiedet „Effort Sharing-Verordnung“](#) 3
- [Weitere Abstimmungsergebnisse der Plenarsitzung](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Vorbereitungen für die Juni-Tagung des Europäischen Rates](#) 5
- [Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Verurteilung des Chemiewaffeneinsatzes in Syrien](#) 5
- [Rat für Landwirtschaft und Fischerei: Bekämpfung von Missständen in der Lebensmittelbranche](#) 6
- [Rat billigt überarbeitete Richtlinie zur Entsendung von ArbeitnehmerInnen](#) 6
- [#BargainForTheBudget: Ergebnisse der Ratssitzung zur Zukunft der Kohäsionspolitik](#) 7

Europäische Kommission

- [Neue Transparenzregeln für EU-Lebensmittel-sicherheitsbehörde](#) 8
- [Vorschlag zur stärkeren Durchsetzung von Verbraucherrechten in der EU](#) 8
- [VentureEU: EU-Risikokapital für Start-ups](#) 9

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Ausschuss der Regionen

- [Studie: Regionale Faktoren bestimmen Erwartungen an die EU](#) 10

Sonstiges

- [#BargainForTheBudget: Der mehrjährige Finanzrahmen auf einen Blick](#) 11
- [#BargainForTheBudget: Europa-Forum Lech mit den Themen Brexit und EU-Finanzplanung](#) 11

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Laufende Konsultationen

12

Tagesordnungen der Institutionen

13

Impressum und Abbildungsverzeichnis

13

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Innovatives Bürgerdialog-Projekt zur EU-Parlamentswahl 2019

Ein neues Projekt des Europainformationsnetzwerkes Europe-Direct lädt anlässlich der im Mai 2019 stattfindenden EU-Parlamentswahl 50 TirolerInnen zu einem breit angelegten Dialog ein.



Unter dem Motto „EU-BürgerInnen, lasst uns reden!“ sollen zwischen Frühjahr 2018 und Frühjahr 2019 in ganz Europa grenzübergreifende Projekte mit drei Diskussionsveranstaltungen in drei benachbarten Ländern stattfinden. Diese Gesprächsrunden zielen auf die Herausbildung einer europäischen öffentlichen Meinung durch öffentliche Debatten und Informationsarbeit im Hinblick auf die EU-Parlamentswahl 2019 ab. Die BürgerInnen werden über die Bedeutung der Wahl und die politischen Vorhaben der EU informiert und können dazu eigene Meinungen und Anliegen einbringen.

Insgesamt können sich an diesem innovativen Projekt 200 TeilnehmerInnen aus der

Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino sowie aus dem Veneto beteiligen. Aus Tirol werden 50 Personen eingeladen, an diesem Projekt mitzuarbeiten.

„Die Einbeziehung und Beteiligung der Bevölkerung an der Politikgestaltung ist mir auf Landesebene und auf europäischer Ebene ein großes Anliegen. Deshalb möchte ich alle interessierten Tirolerinnen und Tiroler ermuntern, gemeinsam mit ihren südlichen Nachbarn an diesem überregionalen Meinungsbildungsprozess mitzuwirken, der das Bewusstsein für die Europäische Union im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament schärfen soll“, ruft LH Günther Platter zum Mitmachen auf. „Jede einzelne Stimme und jede individuelle Meinung zählt – für ein starkes Tirol in einem starken Europa des Zusammenhalts. Eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 ist ein Zeichen für die lebendige Demokratie und das Europabewusstsein in Tirol.“

Die erste Veranstaltung wird am 27. Mai in Trient stattfinden und sich mit den Charakteristika der EU 2018 auseinandersetzen. Anmeldungen können bis zum 30. April an eu.info@tirol.gv.at gesendet werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Macron-Rede im EU-Parlament

Am 16. April 2018 sprach der französische Präsident Emmanuel Macron vor dem Parlamentsplenum, um seine Zukunftsvision für die EU darzulegen.

Für Macron sei das Europäische Parlament der Sitz der europäischen Legitimität und einer der Orte, an dem die Zukunft Europas entsteht. Er warnte vor allem vor nationalen Egoismen und bezeichnete die „europäische Demokratie als unsere Trumpfkarte“.

Macron wäre bereit, mehr zum EU-Budget beizutragen, wenn dieses effizienter werden würde. So müsse etwa die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion vorangetrieben werden. Zudem pochte er auf einen eigenen Haushalt der Euro-Zone. Die früher geäußerte Forderung nach einem europäischen Finanz-

minister wiederholte Macron vor dem Parlament nicht.

Außerdem forderte er den Ausbau der sozialen Säule der EU und die Intensivierung des Dialogs mit den BürgerInnen. Dabei mahnte er die EU bei den angestrebten EU-Reformen zur Eile und forderte die Umsetzung spürbarer Ergebnisse bis zum Ende der Legislaturperiode 2019.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker reagierte positiv auf Macrons Aussagen und wollte gemeinsam mit ihm an der Reform der EU arbeiten.

[Mehr Informationen](#)

EU-Parlament verabschiedet „Effort Sharing-Verordnung“

Die neue Verordnung stellt einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele dar.

Die Europäische Union hat im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens zugesagt, ihre Treibhausgase bis 2030 um 40 % (Basis 1990) zu reduzieren. Die „Effort-Sharing-Verordnung“ legt fest, wie viel die einzelnen Sektoren dafür beitragen müssen, um die Ziele zu erreichen. Die Sektoren, die dem [EU-Emissionshandel](#) (ETS) unterliegen, müssen eine Reduktion von 43 % (Basis 2005) liefern, während die Non-ETS-Sektoren Verkehr, Landwirtschaft, Bauwesen und

Abfall ihre CO2-Emissionen bis 2030 um 30 % (Basis 2005) senken müssen.

Die Verordnung legt zudem verbindliche Ziele für die Reduzierung des jährlichen Emissionsausstoßes der einzelnen Mitgliedstaaten fest. Österreich müsste demnach im Vergleich zu 2005 insgesamt 36 % an Treibhausgasen einsparen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Weitere Abstimmungsergebnisse der Plenarsitzung

In der Plenarsitzungswoche 16.-19. April wurde unter anderem über Parteienfinanzierung, Energieeffizienz und Klimaschutzmaßnahmen abgestimmt.

Das Parlament hat in seiner Plenarsitzung neue [Regeln](#) für die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel für europäische politische Parteien und Stiftungen verabschiedet. Diese sehen strengere Vorschriften für den Zugang zu öffentlichen Geldern und die Rückforderung missbräuchlich verwendeter Gelder vor. Zudem können künftig nur nationale Parteien, nicht Einzelpersonen, eine europäische politische Partei gründen, die für Fördermittel in Frage kommt. Außerdem werden von nun an europäische Parteien aus dem Register gelöscht, wenn sie falsche Angaben machen.

Vom Plenum wurde auch eine [Richtlinie](#) angenommen, welche vorsieht, dass bis 2050 alle Gebäude in der EU eine absolut klimaneutrale Energiebilanz aufweisen müssen. Die Mitgliedstaaten sind damit in Zukunft verpflichtet, langfristige Renovierungsstrategien mit indikativen Meilensteinen zu entwickeln. Zudem wird die Elektromobilität gefördert indem für Gebäude mit mehr als zehn Stellplätzen

Mindestanforderungen beim Einbau von Ladepunkten für Elektroautos festgelegt werden.

Weiters verabschiedete das Parlament ein [Gesetzespaket](#) das ambitionierte Ziele für die Abfall- und Kreislaufwirtschaft festsetzt. Die neuen Regeln sehen vor, dass ab 2025 mindestens 55 % der Siedlungsabfälle recycelt werden müssen, ab 2030 gilt das für 60 % und ab 2035 für 65 %. Recyclingziele für Verpackungen betragen 65 % ab 2025 und 70 % ab 2030 mit spezifischen Zielen für Papier und Pappe, Kunststoffe, Glas, Metall und Holz. Österreich hat derzeit eine Recyclingquote von Siedlungsabfall von 59 %.

Außerdem wurde der Termin der nächsten EU-Parlamentswahlen für den 23.-26. Mai 2019 festgelegt und die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, sich bei der Reform der Asylgesetzgebung zu einigen. Am Mittwoch steht noch eine Debatte über den [Facebook-Datenskandal](#) auf der Tagesordnung.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Vorbereitungen für die Juni-Tagung des Europäischen Rates

Themen der Ratssitzung am 16. April 2018 waren die Juni-Tagung des Europäischen Rates, Finanzdienstleistungen und das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen.

Bei der Juni-Tagung des Europäischen Rates werden die Themen Migration, Sicherheit und Verteidigung, Arbeitsplätze und Außenbeziehungen im Mittelpunkt stehen. Unter anderem soll dort eine Bilanz über die Arbeiten zur Reform der Europäischen Asylgesetzgebung und zur Sicherung der EU-Außengrenzen gezogen werden.

Weiters nahm der Rat neue Vorschriften zu Geldmarktfonds und Wertpapieren an. Mit den neuen Regeln soll der Geldmarkt gestärkt und

Regulierungshemmisse, die Unternehmen bei der Ausgabe von Aktien und Schuldverschreibungen überwinden müssen, beseitigt werden.

Schließlich informierte die Kommission den Rat über den Stand ihres Dialogs mit Polen über dessen Rechtsstaatlichkeitsdefizit, wobei einstimmig die Wichtigkeit der Fortführung des Dialogs betont wurde.

[Mehr Informationen](#)

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Verurteilung des Chemiewaffeneinsatzes in Syrien

Die EU-AußenministerInnen erörterten am 16. April 2018 die jüngsten Entwicklungen in Syrien, Russland und im Iran.

Bei der Sitzung erörterte der Rat die jüngsten Entwicklungen in Syrien, auch im Zusammenhang mit den gezielten Luftangriffen der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Chemiewaffenanlagen. Im Vorfeld der zweiten Brüsseler Syrien-Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region war man sich einig, dass wieder auf eine politische Lösung des Konflikts im Rahmen des Genfer Friedensprozesses unter Führung der Vereinten Nationen hingearbeitet werden muss.

Der Rat beriet auch über den Iran und bekräftigte seine vollkommene Einigkeit bezüglich der weiteren Umsetzung der

Atomvereinbarung mit dem Iran. Die AußenministerInnen unterstützen die bestehenden diplomatischen Bemühungen, mit denen sichergestellt werden soll, dass alle beteiligten Parteien sich weiterhin fest zu der Vereinbarung bekennen.

In der Russland-Frage bestätigte der Rat einstimmig, dass die Resilienz der EU und ihrer Nachbarn gegen Bedrohungen Russlands gestärkt werden muss. Dies betreffe auch russische Desinformationskampagnen und die Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat für Landwirtschaft und Fischerei: Bekämpfung von Missständen in der Lebensmittelbranche

Themen der Sitzung des Rates für Landwirtschaft am 16. April 2018 waren unter anderem unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelbranche und Lebensmittelverschwendungen.

Der Rat beriet über den Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelbranche. Dieser sieht vor, dass besonders schädliche Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette verboten werden, um eine fairere Behandlung der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittel- und Landwirtschaftssektors zu gewährleisten. Zudem sollen die einzelstaatlichen Behörden die Möglichkeit erhalten, in Fällen erwiesenen Missbrauchs Sanktionen zu verhängen.

Außerdem evaluierte der Rat die Umsetzung seiner [Schlussfolgerungen vom Juni 2016](#) zur besseren Bekämpfung von Lebensmittelverschwendungen. Es wurde dargelegt, welche Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten bereits ergriffen worden sind. Man war sich einig, dass noch mehr für die Eindämmung der Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendungen getan werden muss, wobei auch eine gemeinsame Methode für die Bewertung des Ausmaßes des Problems festgelegt werden soll.

[Mehr Informationen](#)

Rat billigt überarbeitete Richtlinie zur Entsendung von ArbeitnehmerInnen

Am 11. April 2018 billigten die EU-Arbeits- und SozialministerInnen die mit dem Europäischen Parlament ausgehandelte Kompromissfassung der überarbeiteten Richtlinie über die Entsendung von ArbeitnehmerInnen.

Entsandte ArbeitnehmerInnen sind Beschäftigte, die von ihrem ArbeitgeberInnen vorübergehend in einen anderen Mitgliedstaat geschickt werden, um dort zu arbeiten. Die [Richtlinie](#) sorgt dafür, dass deren Rechte bei der Entsendung gewahrt bleiben. Insbesondere sollen einheimische und entsandte ArbeitnehmerInnen, die die gleiche Arbeit am selben Ort verrichten, denselben Arbeits- und Lohnbedingungen unterliegen.

Damit sollen die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen erleichtert und gleichzeitig ein fairer Wettbewerb im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit gewährleistet werden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

#BargainForTheBudget: Ergebnisse der Ratssitzung zur Zukunft der Kohäsionspolitik

Am 12. April 2018 hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten über die Prioritäten der Kohäsionspolitik nach 2020 beraten.

Die Kohäsionspolitik stellt einen der zentralen Streitpunkte der anstehenden Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen im Mai dar. Mit der Sitzung positionierte sich der Rat zu den Fragen, welche Prioritäten die zukünftige Kohäsionspolitik haben soll, welche Arten von Regionen von der Kohäsionspolitik erfasst werden sollen und wie diese Politik effizienter gestaltet werden kann.

Der Rat nahm schließlich Schlussfolgerungen zur Straffung des Fördersystems und der Umsetzung der Kohäsionspolitik an. Darin werden neben

einem Verwaltungs- und Kontrollsysteem, das auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beruht, vereinfachte Rechtsvorschriften und eine flexiblere Programmplanung gefordert.

Die [Beratungsergebnisse](#) werden der Kommission bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge für die Gesetzesinitiative zur Kohäsionspolitik nach 2020 als Grundlage dienen, welche Ende Mai vorgelegt werden soll.

[Mehr Informationen](#)

#BargainForTheBudget: Unter dem Hashtag #BargainForTheBudget informieren wir rund um die anstehenden Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Umfang des EU-Budgets für die Jahre 2021-2027 festlegt.



Europäische Kommission

Neue Transparenzregeln für EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde

Am 12. April 2018 schlug die Kommission neue Transparenzregeln für die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit ([EFSA](#)) vor.

Die neuen [Regeln](#) sollen es der Öffentlichkeit künftig einfacher machen, nachzuvollziehen, warum gewisse streitbare Wirkstoffe verboten oder auch genehmigt werden. Grundsätzlich soll das Verfahren der Risikoanalyse bei Lebens- und Futtermitteln reformiert werden.

Vorgesehen sind demnach neue Transparenzregeln bei der Bewertung von Pflanzenschutzmitteln und genverändertem Saatgut, die die EFSA in ihre Arbeitsweise aufnehmen muss. Zudem muss die EFSA Einblick in ihre Risiko-

bewertungen gewähren, sodass BürgerInnen künftig einen besseren Zugang zur Datensammlung von Studien erhalten und Mitgliedstaaten mehr in die Arbeit von EFSA eingebunden werden.

Die Kommission reagiert mit diesem Vorhaben auf die in der Europäischen Bürgerinitiative „[Stop Glyphosat](#)“ hervorgebrachten Bedenken der europäischen BürgerInnen.

[Mehr Informationen](#)

Vorschlag zur stärkeren Durchsetzung von Verbraucherrechten in der EU

Der Vorschlag sieht unter anderem die Einführung von europaweiten Verbandsklagen und von Sanktionen bei Verstößen als auch die Stärkung der Verbraucherrechte im Internet vor.

Zwar zählen die Verbraucherschutzvorschriften der EU zu den strengsten weltweit, doch haben die jüngsten Fälle wie der Dieselskandal gezeigt, dass sie oft schwer durchzusetzen sind. Deshalb sollen nach Ansicht der Kommission qualifizierte Einrichtungen wie Verbraucherschutzorganisationen künftig die Möglichkeit erhalten, Verbandsklagen im Namen von VerbraucherInnen zu erheben. Geplant sind auch strengere Sanktionen bei Verstößen. Beispielsweise sollen

künftig Strafen von bis zu 4 % des Jahresumsatzes des Unternehmens möglich sein.

Außerdem wird mit dem Vorschlag der Verbraucherschutz auf den Online-Bereich ausgeweitet und für mehr Transparenz auf Online-Marktplätzen gesorgt.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

VentureEU: EU-Risikokapital für Start-ups

Am 10. April 2018 präsentierte die Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds das Programm „[VentureEU](#)“, mit dem Start-ups in der EU künftig einfacher an Kapital gelangen sollen.

Mit dem Programm sollen Neuinvestitionen in Höhe von schätzungsweise 6,5 Mrd. € in innovative Start-up- und Scale-up-Unternehmen in ganz Europa erreicht werden. Konkret erhalten sechs Fonds EU-Mittel in der Höhe von 410 Mio. €, um eine prognostizierte Investitionssumme von 2,1 Mrd. € aus privaten und öffentlichen Mitteln zu generieren.

Unterstützt werden Projekte in den Bereichen Biowissenschaften, Digitalisierung, Medizintechnik, Energieeffizienz und Informationstechnologie. Laut Kommission können so rund 1.500 Unternehmen Zugang zu neuem EU-Risikokapital bekommen.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Studie: Regionale Faktoren bestimmen Erwartungen an die EU

Am 12. April 2018 stellte der Ausschuss der Regionen erste Ergebnisse seiner „[Nachdenken über Europa](#)“ Kampagne vor.

Der [Bericht](#) umfasst die Ergebnisse von 150 Bürgerdialogen und 15.000 Rückmeldungen einer Onlineumfrage. Die Ergebnisse reflektieren dabei ein gewisses Level an Distanziertheit gegenüber der EU und deren Politik. Das zeigt sich in dem fehlenden Wissen vieler EU-BürgerInnen über die Funktionsweise der EU, welches aus den Antworten hervorgeht. Die Ergebnisse weisen auch auf ein größeres

Vertrauen in die regionale Politik als gegenüber nationalen und europäischen PolitikerInnen hin.

Zudem fordert eine Mehrheit der EU-BürgerInnen mehr Transparenz und politische Beteiligungs-möglichkeiten auf EU-Ebene, aber auch mehr Solidarität zwischen armen und reichen EU-Staaten.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

#BargainForTheBudget: Der mehrjährige Finanzrahmen auf einen Blick

Was ist der mehrjährige Finanzrahmen?

Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) gibt die Ausgabenobergrenzen für die jährlichen Gesamthaushaltspläne der Europäischen Union vor. Er wird in der Regel für eine Periode von sieben Jahren festgelegt und bestimmt wie viel die EU jedes Jahr insgesamt und für ihre verschiedenen Tätigkeitbereiche einsetzen darf. Damit soll sichergestellt werden, dass nicht jedes Jahr langwierige Budgetverhandlungen zwischen 28 Mitgliedstaaten stattfinden müssen. Zudem soll damit die Haushaltsdisziplin der EU sichergestellt und die Planbarkeit der EU-Finanzen erhöht werden.

Dabei werden Ausgabenobergrenzen für die Mittel für Verpflichtungen und die Mittel für Zahlungen festgelegt. Bei Verpflichtungen handelt es sich um Beträge, die die EU für ein bestimmtes Jahr zusagen kann und die dann im Verlauf des betreffenden Jahres oder mehrerer

Jahre ausgegeben würden. Zahlungen umfassen die Ausgaben in einem bestimmten Jahr des MFR und ergeben sich aus den rechtlichen Verpflichtungen, die die EU im selben Jahr und/oder in den vorausgehenden Jahren eingegangen ist. Neben einer Gesamtobergrenze sind dabei auch Obergrenzen für jeden Politikbereich (z.B. Forschung, Landwirtschaft, etc.) einzuhalten.

Wie kommt der MFR zustande?

Der Rat erlässt die MFR-Verordnung einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments. Im Rahmen dieses Zustimmungsverfahrens kann das Parlament den Standpunkt des Rates billigen oder ablehnen, jedoch keine Abänderungen vornehmen. Zuvor wird der Vorschlag für die MFR-Verordnung von der Kommission ausgearbeitet. Die Vorstellung des Kommissionsvorschlags für den nächsten MFR 2021-2027 ist für den 2. Mai 2018 anberaumt.

[Mehr Informationen](#)

#BargainForTheBudget: Europa-Forum Lech mit den Themen Brexit und EU-Finanzplanung

Vom 12. Bis zum 13. April 2018 fand das Europa-Forum in Lech am Arlberg statt, dessen Schwerpunkt auf den Themenbereichen Brexit sowie zukünftige Finanzierung und Ausrichtung der EU lag.

An der Veranstaltung nahmen unter anderem der für Haushalt und Personal zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger sowie Johannes Hahn, EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik, teil. Nach den einleitenden Worten von Bürgermeister Ludwig Muxel widmete sich Kommissar Oettinger den EU-Prioritäten für das nächste Jahrzehnt. Er betonte, dass neue Herausforderungen wie Migration und Sicherheit beim langjährigen Finanzierungsplan für die Zeit ab 2021 adäquat berücksichtigt werden müssen: „Wenn wir uns für ein umfassendes EU-

Grenzverwaltungssystem entscheiden, vergleichbar mit dem der USA oder Kanadas, brauchen wir in den nächsten sieben Jahren 100 000 neue Mitarbeiter und rund 150 Mrd. €.“

Kommissar Hahn fand ähnliche Worte und wies darauf hin, dass für Stabilität in unserer Nachbarschaft zu sorgen sei sowie Ursachen für Sicherheitsbedenken angegangen werden müssten.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Öffentliche Konsultationen ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Eine Auswahl der laufenden und neuen Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen und Schweißgeräten](#)

Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie

16. April 2018 - 10. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zu Drohnen \(unbemannte Luftfahrzeuge\) – technische Normen für Drohnen als Produkt sowie Bedingungen für den Drohnenbetrieb](#)

Nicht zugeordnet

13. April 2018 - 9. Juli 2018

[Öffentliche Konsulatation zu Gebühren für die Nutzung von Flughafeninfrastrukturen](#)

Verkehr

3. April 2018 - 26. Juni 2018

[Eignungsprüfung des EU-Vorschriftenrahmens im Bereich der Unternehmensberichterstattung](#)

Finanzstabilität, Finanzdienste und Kapitalmarktunion

21. März 2018 - 21. Juli 2018

[Bewertung des EU-Rahmens für die Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom](#)

Steuern, Umwelt

12. März 2018 - 4. Juni 2018

[Öffentliche Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen für den Stromverbrauch im Bereitschaftszustand, im vernetzten Bereitschaftsbetrieb und im Aus-Zustand](#)

Energieeffizienz

2. März 2018 - 24. Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20. Februar 2018 - 31. Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU](#)

Unternehmen und Industrie

6. Februar 2018 - 6. Mai 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Michael Jennewein

Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <https://www.designtagebuch.de/ein-neues-logo-fuer-das-europaeische-parlament-macht-noch-lange-keine-visuelle-identitaet/>